



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
06.02.2025 Cuxhavener Nachrichten: Die Endlagersuche läuft weiter	4
06.02.2025 Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis: Endlager Sachsen-Anhalt?	5
05.02.2025 regionalHeute: BGE bekommt eine neue technische Geschäftsführung	7
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	8
05.02.2025 Regierungsportal M-V: MV beim Gipfeltreffen der Weltmarktführer	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Seite: 15
Ressort: Lokales
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 6.831 (gedruckt)¹ 7.376 (verkauft)¹
 7.529 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,031 (in Mio.)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Die Endlagersuche läuft weiter

Nur ein Gebiet im Cuxland ist schon als ungeeignet für die Atommülldeponierung erklärt worden

Von Wiebke Kramp

Kreis Cuxhaven. Die Suche nach einem Endlager für Atommüll betrifft auch den Kreis Cuxhaven. Trotz eines ungeeigneten Gebiets bleibt die Region weiterhin im Verfahren. 2025 könnten entscheidende Ergebnisse folgen und Reaktionen erforderlich machen.

Weiterhin läuft in allen Bundesländern und Regionen das aufwendige Auswahlverfahren für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Am Ende dieses komplexen Untersuchungs-, Bewertungs- und Beteiligungsprozesses soll der bestmögliche Standort für ein Atommüll-Endlager übrig bleiben. Damit beauftragt ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Die BGE hat die geologischen Daten gesammelt, ausgewertet und als Zwischenbericht veröffentlicht. Auch das Gebiet des Landkreises Cuxhaven wird in diesem umfangreichen Verfahren begutachtet.

Der Kreis Cuxhaven ist in fünf Teilgebiete unterteilt worden, von denen jedoch vier bisher nicht eingeordnet und bewertet sind. Lediglich ein Bereich hat sich bereits aufgrund seiner Bodenbe-

schaffenheit als ungeeignet herausgestellt. Es liegt im sogenannten Teilgebiet „Glückstadt-Graben“. Das Wirtsgestein dort ist Steinsalz in flacher Lagerung. Wie eine interaktive Karte (navigator.gbe.de) zeigt, reicht dieses als Endlager ungeeignete Gebiet von Balle über Oberndorf, Cadenberge, Wingst bis nach Estorf.

Auf das Forum Endlagersuche, das die Zwischenstände mit entsprechenden Bewertungen kommuniziert, hat die Kreisverwaltung in Form einer Projektgruppe ein Auge. Diese Gruppe gibt jetzt Handlungsempfehlungen an die Politik, denn durch die Bewertung der Teilgebiete durch die BGE erhalte das Standortauswahlverfahren nunmehr eine zunehmende Regionalisierung. Dies könne vermehrt Betroffenheit in der Bevölkerung und in Institutionen auslösen. Die BGE hat für den Herbst 2025 eine Bewertung der Flächenkulissen in Norddeutschland angekündigt. Damit verbunden sein könnten laut Projektgruppe richtungsweisende Ergebnisse für den Landkreis Cuxhaven.

Von dem Ergebnis der Bewertung der Flächenkulissen im Norden sollte in ihren Augen das weitere Vorgehen abhängig gemacht werden. Die Projektgruppe schlägt vor, dass das im Herbst

anstehende „4. Forum Endlagersuche“ zusätzlich von Vertretern aus Kommunen und der regionalen Politik begleitet wird. Denn sollte der Landkreis Cuxhaven mit Flächenkulissen im Verfahren bleiben und als potenzielle Standortregion ausgewählt werden, stehe das zweite gesetzliche Auswahlverfahren an, auf das sich gut vorbereitet werden müsste - zum Beispiel durch rechtzeitige Ansprache und Sensibilisierung von Akteuren, Vernetzung sowie externer fachlicher Beratung.

Ausschuss nimmt Sachstand zur Kenntnis

Der Regionalausschuss des Kreistags nahm den Sachstand zur Kenntnis. Ausschussvorsitzender Enak Ferlemann (CDU) vertrat jedoch die Auffassung: „Unsere Region ist da raus. Ein Endlager in einem Hochwasser gefährdenden Gebiet macht doch keinen Sinn.“ Dem widersprach Marianne Peus (Grüne), da es durchaus Fachleute gebe, die für eine Lagerung im Meeresboden sprächen. Gunnar Böltes (SPD) unterstrich die Wichtigkeit, gut vorbereitet zu sein, wenn die Ergebnisse vorliegen. Ansonsten sei die Zeit, mit Stellungnahmen reagieren zu können, sehr knapp bemessen.

Wörter: 452

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Cuxhaven-Niederelbe-Verlagsgesellschaft mbH & Co KG

Seite: 2 bis 2
Ressort: Sachsen-Anhalt
Rubrik: Halle / Saalekreis
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 23.232 (gedruckt)¹ 25.041 (verkauft)¹
26.849 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,103 (in Mio.)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Endlager Sachsen-Anhalt?

Eine Bundesgesellschaft sucht nach einem Ort für den deutschen Atommüll. Potenziell geeignete Gesteinsformationen im Untergrund gibt es in Sachsen-Anhalt – auch unter Städten.

Von Julius Lukas

Halle/MZ. Atommüll in Sachsen-Anhalt? Den gibt es bereits. Unter Morsleben (Bördekreis) lagert schwach- bis mittelradioaktiver Abfall. Und dort soll er auch für tausende Jahre sicher verschlossen bleiben. Allerdings könnte künftig hochradioaktiver Müll hinzukommen. Denn dafür sucht die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in einem aufwendigen Verfahren einen geeigneten Ort.

Potenzial dafür gibt es auch in Sachsen-Anhalts Untergrund, wo die bevorzugten Granit-, Salz und Tonsteinschichten zu finden sind. Allerdings flogen einige Regionen im Land auch schon aus dem Verfahren. Wieso das so ist und warum selbst unter Großstädten wie Dessau-Roßlau oder Stendal ein Endlager denkbar wäre, beantwortet die MZ.

1. Warum wird ein Endlager benötigt?

is zum Jahr 2080 fallen in Deutschland laut BGE etwa 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfall an. Hinzu kommen 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Müll. Für diese strahlenden Reste der Kernkraft muss ein sicheres Lager gefunden werden. Zumal der Abfallberg noch größer werden könnte, wenn politisch wieder auf die Atomkraft gesetzt wird. Seit 40 Jahren wird deswegen nach einem Endlager gesucht. Lange wurde der Salzstock unter Gorleben in Niedersachsen favorisiert. Wegen Sicherheitsbedenken wurde die Lagerstätte 2020 aber endgültig verworfen.

2. Wie wird das Endlager gesucht?

Man könnte sagen, derzeit wird noch nach Aktenlage entschieden. Das klingt weniger komplex, als es ist. „Wir ver-

wenden tausende Datensätze, zum Beispiel von 1,7 Millionen Bohrungen in Deutschland“, erklärt BGE-Sprecherin Dagmar Dehmer. Man würde alle Daten einbeziehen, die verfügbar sind. „Daraus machen wir Modelle, mit denen wir den Untergrund gut einschätzen können.“ Bis 2027 sollen so die Gebiete gefunden werden, die eine Endlagerung erlauben. „Eine Vorgabe, wie viele Standortregionen es sein sollen, gibt es nicht“, sagt Dehmer. Mehr als zehn Gebiete wären jedoch ungünstig, da so der Zeitplan ins Wanken käme. Nach der Vorauswahl geht die BGE in den endlagertauglichen Gebieten vor Ort und führt intensive Bodenuntersuchungen durch. Bis 2031 soll dann der endgültige Endlagerort feststehen.

3. Wie wahrscheinlich ist ein Ort in Sachsen-Anhalt?

Das lässt sich pauschal nicht beantworten. Fakt ist aber, dass unter Sachsen-Anhalt geeignete Gesteinsschichten vorhanden sind. Aussichtsreich sind etwa Salzvorkommen in der Mitte und im Norden des Landes. Diese Formationen sind Überbleibsel des vor 250 Millionen Jahren existierenden Zechsteinmeeres und erfüllen Anforderungen wie Mächtigkeit und Ausdehnung. Weite Teile dieser Schicht haben deswegen den ersten Prüfschritt der BGE überstanden. Sie sind auf der Karte grau markiert. „Das bedeutet, dass sie den ersten Prüfschritt überstanden haben und die Untersuchungen andauern“, erklärt Dehmer. Solch ein Areal gibt es auch im Harz, wo es etwa unter Wernigerode Granitschichten gibt, die ebenfalls geeignet sind.

Städte, das sagt Dagmar Dehmer auch, sind als Standort dabei keineswegs tabu. Südliche Ortsteile von Magdeburg wie Ottersleben liegen etwa in einem grauen

Gebiet - sind also noch im Rennen. Gleiches gilt für Stendal oder auch für ganz Dessau-Roßlau, das ebenfalls in einer grauen Zone liegt, weil sich unter der Stadt eine Granitschicht befindet, die für ein Endlager potenziell geeignet ist.

4. Welche Regionen Sachsen-Anhalts sind schon ausgeschlossen?

Einige. So kamen alle in der Karte weiß markierten Gebiete noch nicht einmal in die Voruntersuchung. Bei ihnen handelt es sich um ehemalige Bergbaugebiete oder bekannte Störungszonen. Bei der letzten Aktualisierung durch die BGE wurden vor allem im Süden Sachsen-Anhalts viele weitere Gebiete aussortiert. Alles, was orangefarben ist, hat laut BGE eine geringe Eignung. Ein Beispiel: Im Seegebiet Mansfelder Land gibt es zwar eine geeignete Gesteinsschicht, die aber nicht die notwendige Ausdehnung hat. „Gefordert sind drei Quadratkilometer, wobei wir aus Sicherheitsgründen sechs Quadratkilometer haben wollen“, erklärt Dehmer. Das Seegebiet wäre deswegen nur gering geeignet - bleibt aber im Verfahren. Alle roten Gebiete hingegen sind aus der Prüfung wegen fehlender Eignung bereits raus. Das gilt zum Beispiel für Sangerhausen, weil dort die Mächtigkeit der Zechsteinsalze unter 100 Metern liegt. Die Schicht ist also nicht dick genug. Gefordert werden von der BGE 100 Meter, mit Sicherheitszuschlag 200 Meter. Andere Gebiete sind zudem rausgefallen, weil es dort Subrosionen gibt – also die Auslaugung durch Grundwasser. Andere Areale haben ungeeignetes Gestein im Untergrund.

5. Gibt es Erfahrungen zu Endlagern aus anderen Ländern?

Was tatsächliche Endlager angeht, die für tausende von Jahren hochradioaktiven Atommüll aufnehmen sollen, ist Finnland am weitesten. Dort läuft aktuell im Endlager Onkalo der Testbetrieb. Eingelagert wird wahrscheinlich ab kommendem Jahr in einer Art Granitgestein. In Schweden gibt es bereits den Spatenstich für ein Endlager (Granit), auch die Schweiz und Frankreich (beide Tongestein) haben ihre Standorte gefunden. Dort laufen die Planungen. So ist es auch in China sowie Argentinien. Im Steinsalz gibt es weltweit eine Lagerung von Überresten von Atomwaffen in den USA.

Mehr Informationen zur Endlagersuche online unter: navigator.bge.de.

Wörter: 749

Urheberinformation: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 regionalHeute

BGE bekommt eine neue technische Geschäftsführung

5. Februar 2025 11:04 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Zum 1. Juli 2025 wird Jürgen Korth das Amt des technischen Geschäftsführers der Bundesgesellschaft für Endlagerung von Dr. Thomas Lautsch übernehmen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium Dr. Jan-Niclas Gesenhues (links im Bild), gratuliert dem künftigen technischen Geschäftsführer der BGE, Jürgen Korth, zum neuen Amt. | Foto: BGE 05.02.2025, 12:04 Uhr

Peine. Der Aufsichtsrat der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat beschlossen, Jürgen Korth zum 1. Juli 2025 als technischen Geschäftsführer der BGE zu bestellen. Jürgen Korth ist Diplomingenieur und derzeit Direktor Technische Dienste bei der MIBRAG GmbH, einem Bergbauunternehmen zur Braunkohleförderung mit Sitz im Süden von Sachsen-Anhalt. Dies geht aus einer Pressemitteilung der BGE hervor. Lesen Sie auch:

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium Dr. Jan-Niclas Gesenhues, freut sich über diese Nachbesetzung: „Mit Jürgen Korth haben wir einen versierten Manager gewonnen, der Erfahrung im Projektmanagement, Führung großer Organisationen und mehrjährige Expertise im Bergbau mitbringt. Er wird künftig in der Geschäftsführung für die Bereiche Konrad, Asse, Morsleben, Gorleben und den technischen Querschnittsbereich zuständig sein.“ Dr. Thomas Lautsch ist noch bis zum 30. Juni 2025 im Amt und leitet das Unternehmen zusammen mit den beiden Geschäftsführerinnen Iris Graffunder und Marlis Koop.

Über die BGE

Die BGE ist eine bundeseigene Gesellschaft im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Die BGE hat am 25. April 2017 vom Bundesamt für Strahlenschutz die Verantwortung als Betreiberin für die Endlager Konrad und Morsleben sowie für die Schachanlage Asse II übernommen. Zu den weiteren Aufgaben zählt, neben der Stilllegung des Bergwerks Gorleben, die Suche nach einem Endlagerstandort für die in Deutschland verursachten hochradioaktiven Abfälle auf der Grundlage des im Mai 2017 in Kraft getretenen Standortauswahlgesetzes. Vorsitzende der Geschäftsführung ist Iris Graffunder, Geschäftsführerin und Arbeitsdirektorin ist Marlis Koop, technischer Geschäftsführer ist Dr. Thomas Lautsch.

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 Regierungsportal M-V

MV beim Gipfeltreffen der Weltmarktführer

5. Februar 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Jochen Schulte, Staatssekretär und Industriebeauftragter des Landes, hat heute am Gipfeltreffen der Weltmarktführer in Schwäbisch Hall teilgenommen. Bereits im zweiten Jahr in Folge nutzt er diese renommierte Plattform, um die Vorzüge des Wirtschaftsstandorts **Mecklenburg-Vorpommern** zu präsentieren.

„Der Süden Deutschlands ist seit jeher ein Motor für Innovation und ein Vorbild in Sachen Wirtschaftskraft. Hier vor Ort wollen wir die Unternehmen auf die vielfältigen Möglichkeiten aufmerksam machen, die **MV** bietet“, so Jochen Schulte. „**Mecklenburg-Vorpommern** ist ein sehr attraktiver Zukunftsstandort für Investitionen, Innovationen und Wachstum. In den vergangenen zwei Jahren lag das Wirtschaftswachstum des Landes mit rund drei Prozent deutlich über dem Wachstum Deutschlands und anderer Bundesländer. Grund hierfür unter anderem: Bei uns gibt es jede Menge Platz für neue Ansiedlungen, den direkten Zugang zur Ostsee, grüne Energie in Hülle und Fülle, viele kluge Köpfe und kostenfreie Kitas.“

Er verwies unter anderem auf erfolgreiche Ansiedlungen wie die des Kranherstellers Liebherr in Rostock und die kürzlich eröffnete Produktionsstätte der EKATO GmbH, einem Hersteller von Rühr- und Mischtechnik, in Stralsund. Diese Beispiele unterstreichen die Attraktivität des Nordens für Unternehmen, die nach Expansionsmöglichkeiten suchen.

Informationen zum Gipfeltreffen der Weltmarktführer (5.-6. Februar 2025 in Schwäbisch Hall):

Das Gipfeltreffen der Weltmarktführer ist eine der bedeutendsten Wirtschaftsveranstaltungen Deutschlands. Einmal im Jahr bietet sie eine prominente Plattform für den Austausch zwischen führenden Vertretern aus Politik, **Wirtschaft** und Wissenschaft. Weitere Informationen: live.handelsblatt.com/event/gipfeltreffen-der-weltmarktfuehrer/

Auf dem Gipfeltreffen bietet die Wirtschaftsfördergesellschaft des Landes „Invest in **MV**“ die Gelegenheit, sich über Investitionschancen in **Mecklenburg-Vorpommern** zu informieren. Begleitet wird „Invest in **MV**“ von Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen August Hildebrandt GmbH, der EMH metering GmbH & Co. KG und der Mecklenburger Metallguss GmbH, die sich zum Thema „Zukunftsstandort **Mecklenburg-Vorpommern** – Strategien für den nachhaltigen Wandel“ präsentieren. Weitere Informationen: www.invest-in-mv.de/